

www.arge-ja.at

# Neue Argumente

Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft ja zur Umwelt, nein zur Atomenergie

## Wir brauchen ein anderes Wirtschaftssystem!

**Unser heutiges Wirtschafts- und Finanzsystem führt zu immer unerträglicheren Gegensätzen zwischen arm und reich auf der Welt. Trotzdem wird es von seinen Befürwortern als alternativlos dargestellt. Dabei gibt es auch andere Konzepte für eine funktionierende Marktwirtschaft.**

**Günther Hartmann von der Zeitschrift „Ökologie und Politik“ unterhielt sich mit dem Mathematiker und Verleger Dr. Günter Emde darüber, was in unserem System falsch läuft und welchen Ausweg es gibt.**

*Herr Dr. Emde, als engagierter Christ befaßten Sie sich früher vor allem mit spirituellen Themen - seit einigen Jahren aber auch mit wirtschaftlichen Prozessen. Warum?*

Mitte der 1990er Jahre fand ich in einer Zeitung ein Diagramm, mit dem die UN-Organisation UNDP auf die wachsende Schere zwischen Reichen und Armen aufmerksam machte. Demnach hatte das reichste Fünftel der Menschheit 1965 einen Anteil von 70% am Welteinkommen – und 1996 einen von 85%. Der

Anteil der anderen vier Fünftel hat sich also innerhalb von 30 Jahren halbiert. Vermutlich wird der Anteil dieser vier Fünftel demnächst auf 10% gesunken sein. Es gilt also die Maxime „Wer viel hat, der möge noch dazu nehmen von denen, die wenig haben!“ Kann man sich einen schärferen Widerspruch zur Bergpredigt denken? Dort heißt es: „Wer zwei Röcke hat, der gebe dem einen, der keinen hat!“

**Die wachsende Umverteilung führt aber auf Dauer wohl auch zu großen Spannungen und Konflikten?**

Verständlicher Weise wird sich das ärmste - und immer ärmer werdende - Fünftel der Weltbevölkerung – immerhin über eine Milliarde Menschen – diese Ungerechtigkeit auf Dauer nicht bieten lassen. Hier liegt die Wurzel des Terrorismus. Menschen, die hungern, sind zum Letzten fähig. Kinder, die aus Armut keine Schule besuchen können und darum keine Berufsperspektive haben, werden sich leichter einer Terrorgruppe anschließen, weil sie dort Essen und Geld bekommen. Zu dieser Entwicklung kann man als Christ nicht mehr schweigen. Deshalb lassen mich zwei Fragen nicht mehr

los: „Was ist die eigentliche Ursache für diese unglaubliche Fehlentwicklung?“ und „Wo ist der Hebel anzusetzen, um die wachsende wirtschaftliche Not in der Welt zu lindern?“

**Wächst die Umverteilung auch in Deutschland?**

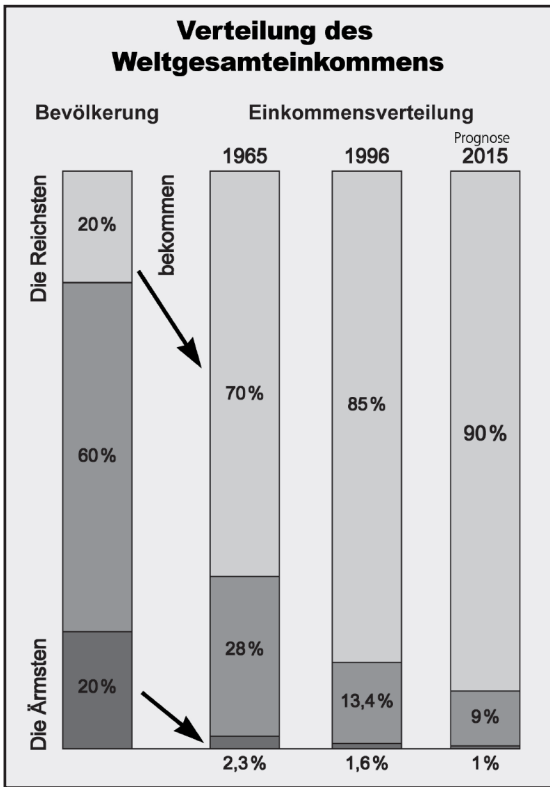
Es gibt zwei sorgfältige Studien des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Sie untersuchen die Verteilung der Nettogesamtvermögen - also einschließlich Immobilien und abzüglich Schulden - in den Jahren 2002 und 2007 in Deutschland. Auch hier zeigt sich der Trend zur wachsenden Trennung zwischen Reichen und Armen: Der Vermögensanteil des reichsten Zehntels stieg in diesen fünf Jahren von 57,9% auf 61,1%. Wenn man die Differenz 3,2% auf die Spanne von 30 Jahre - wie in der UNDP-Studie - hochrechnet, kommt man auch hier auf über 15% Reduktion. Noch deutlicher: Die ärmeren zwei Drittel teilen sich heute in weniger als 10% des Gesamtvermögens, während das reichste Hundertstel allein schon mehr als 20% auf sich vereint. Auch im relativ reichen Deutschland findet also der schlechende Prozess einer Verarmung immer größerer Bevölkerungsschichten statt.

### In dieser Ausgabe:

- **Wir brauchen ein anderes Wirtschaftssystem!** Interview mit Dr. Günter Emde Seite 1
- **David gegen Goliath:** Der kanadische Bauer Percy Schmeiser berichtet, wie er und seine Frau den Gentechnikriesen Monsanto bezwungen haben Seite 6
- **Volksbegehren „Raus aus Euratom“:** Phase 1 im Endspurt! Seite 8
- **Kurzmeldungen** Seite 8



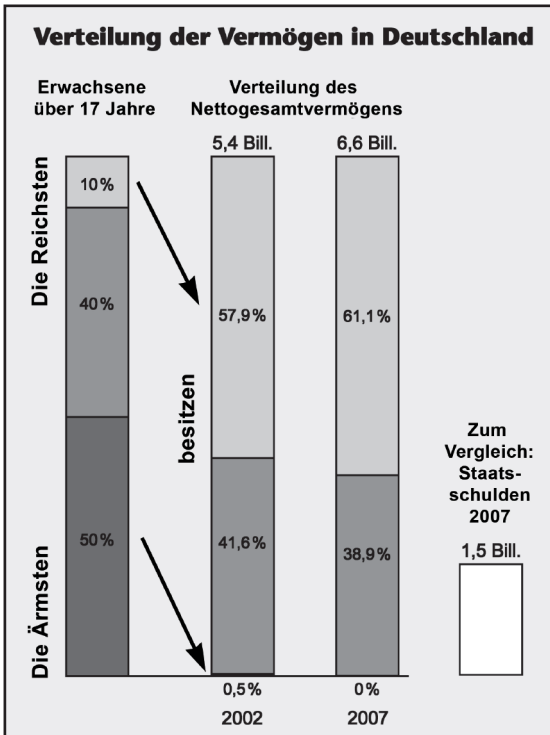
Quelle: UNDP



2

**Die weltweite Verteilung der Einkommen:** Das reichste Fünftel der Bevölkerung steigerte von 1965 bis 1996 seinen Anteil am Weltgesamteinkommen von 70 % auf 85 %. Der Anteil der übrigen vier Fünftel sank von 30 % auf 15 %, halbierte sich also. Diese Entwicklung setzt sich fort.

Quelle: SOEP, Berechnungen des DIW



**Die Verteilung des Nettogesamtvermögens in Deutschland:**

Das reichste Zehntel der Bevölkerung steigerte von 2002 bis 2007 seinen Anteil am nationalen Nettogesamtvermögen von 57,9 % auf 61,1 %. Die ärmsten fünf Zehntel verloren ihren schon geringen Anteil völlig.

**Was läuft denn in unserem Wirtschaftssystem falsch?**

Unser Wirtschafts- und Finanzsystem besitzt einen Mechanismus, der den erarbeiteten Wohlstand von unten nach oben umverteilt: unser Zinssystem. Um das zu verstehen, muß man sich zunächst klarmachen: Bei jedem Einkauf bezahlen wir einen Zinsanteil mit, denn in allen Preisen sind sog. „kalkulatorische Zinsen“ zur Deckung der Kosten des eingesetzten Kapitals enthalten. Die summieren sich in der Wertschöpfungskette bis zu den Endverbraucherpreisen zu hohen Beträgen auf: im Durchschnitt ist es ein Anteil von rund 40 % der Preise, die wir Bürger bei all unseren Ausgaben mitzahlen. Diese Zinsen landen letztendlich bei den Kapitaleignern, also denen, die so viel Geldvermögen besitzen, daß sie es verleihen können. „Geld anlegen und für sich arbeiten lassen“ nennt man das. So fließt ein ständiger Strom von Zinsen in der unglaublichen Höhe von mehr als 1 Mrd. Euro täglich allein in Deutschland von den Bürgern

Knappheit der öffentlichen Kassen leiden muß. Auch die Arbeitslosigkeit ließe sich dann nachhaltig beseitigen.

**Union und FDP sprechen gerne von „Neidkampagnen“, wenn diese Umverteilung korrigiert werden soll.**

Das hat mit Neid nichts zu tun. Ich würde den Superreichen ihr Vermögen gerne gönnen, wenn es nicht mit der Not anderer Menschen erkaufte würde. Deren Milliarden kommen ja nicht aus dem Nichts, sondern wurden zuerst von anderen Menschen erarbeitet und dann von dort abgesaugt. Das Geld fehlt dort aber. Die Umverteilung führt zur Armut vieler Menschen, und das halte ich in dieser Größenordnung für unverantwortbar.

**In der öffentlichen Diskussion werden immer das zu geringe Wirtschaftswachstum, die steigende Arbeitslosigkeit und die steigende Staatsverschuldung als eigentliche Probleme genannt.**

Sinkende Einnahmen zwingen den Staat zur Aufnahme weiterer Schulden, wodurch der Sockel an Schuldzinsen immer höher wird. Dadurch wird er unfähig, die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen, was wiederum die Staatseinnahmen vermindert - ein Teufelskreis! Dieses

**Ein Strom von Zinsen in der unglaublichen Höhe von mehr als 1 Mrd. Euro täglich fließt allein in Deutschland von den Bürgern zu den Kapitaleignern**

zu den Kapitaleignern. Das waren 2007 über 400 Mrd. Euro, also weit mehr als der ganze Bundeshaushalt mit seinen 270 Mrd. Euro. Wenn die Bundesregierung über einen großen Teil dieser 400 Mrd. verfügen könnte, ließen sich viele Probleme lösen, unter denen die Mehrheit der Bevölkerung wegen der

Problem besteht seit Jahrzehnten, und seit jeher bemüht man sich mit der Parole „Noch mehr Wachstum!“ vergeblich, um eine durchgreifende nachhaltige Besserung. Die eigentliche Ursache liegt in einem grundlegenden Systemfehler, der nicht benannt wird. Um den zu verstehen, müssen wir uns zunächst einmal klar werden, daß das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Ergebnis immer zwischen den Kapitaleignern und den



Arbeitenden aufgeteilt wird. Wächst die Wirtschaftsleistung und damit das Volkseinkommen z. B. um 2 %, dann können auch die Kapital- und Arbeitseinkommen jeweils um 2 % zunehmen, ohne daß es zu irgendwelchen Schwierigkeiten kommt. Verlangt aber eine der Beziehergruppen mehr als jene zusätzlich erwirtschafteten 2%, dann muß sich die andere zwangsläufig mit weniger zufrieden geben. Da sich die Wirtschaftsunternehmen heute weit überwiegend mit Fremdkapital finanzieren, müssen sie im Gegenzug Wertsteigerungen erwirtschaften, die dem marktüblichen Zinseszinswachstum entsprechen.

Insgesamt steigen die Geldvermögen und damit die Zinserträge aber ungefähr exponentiell, also jährlich um den gleichen Prozentsatz. Und jetzt kommt das entscheidende Problem: Das BIP kann mit einem solchen Wachstum nicht mithalten. Ein immer schärfer werdender Verteilungskampf zwischen Kapitaleignern und Arbeitenden ist dadurch vorprogrammiert. Die Kapitaleigner haben im heutigen Wirtschaftssystem aber immer den Erstzugriff.

**Aber das Wirtschaftswachstum wird doch auch in Prozenten gemessen?**

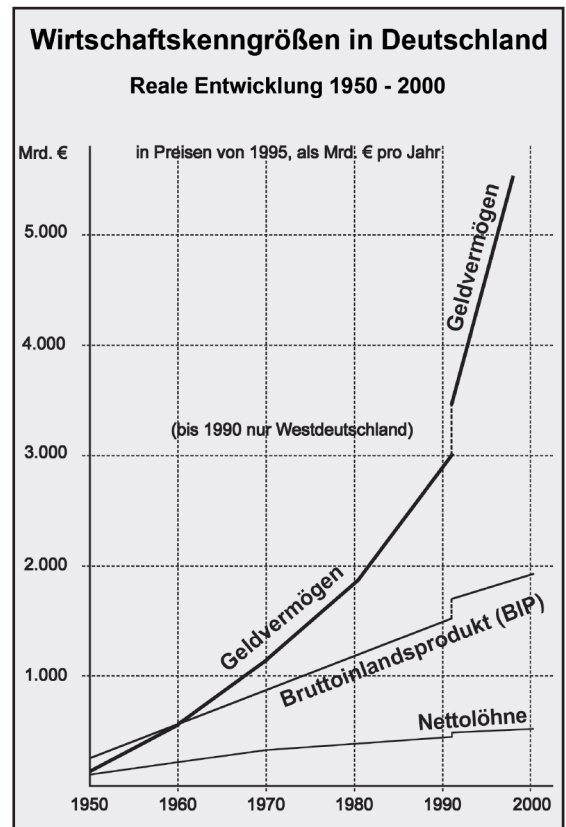
Ja, und auf diese Weise wird verschleiert, daß die Realwirtschaft eine andere Dynamik besitzt wie die Finanzwirtschaft. Im Anschluss an die Währungsreform begann das Wirtschaftsleben in Deutschland in den 1950er-Jahren mit einem niedrigen BIP, aber mit Steigerungen um 8,5 % pro Jahr. Bei solch einem Wachstum konnten Kredite mit 6 % bis 8% Zinsen bedient werden - und es blieb noch Raum für soziale Verbesserungen. In den 1990er-Jahren aber wuchs das BIP real nur noch um rund 1,3 % pro Jahr. Wenn dann die Kapitaleigner einen Rückfluss von 5 % fordern, geht das nur zu Lasten der Arbeitenden: Die Arbeitseinkommen verlieren an Steigung

und beginnen relativ zu sinken. - Wer reich ist, dem wächst sein Vermögen über die Verzinsung exponentiell. Wer auf ein Arbeitseinkommen angewiesen ist, wird im Vergleich zur Entwicklung des BIP immer ärmer. Diese Verarmung und ein Abbau von Sozialleistungen werden sogar noch als notwendige „Reform“ angepriesen, um der Wirtschaft das nötige Wachstum zu ermöglichen. Um die exponentiell wachsenden Vermögen mit Zinsen bedienen zu können, müssen die Banken entsprechend hohe Zinsen aus Krediten einnehmen. Da die Nachfrage nach Krediten in etwa aber nur entsprechend dem BIP steigt, also weniger als exponentiell, mußten die Banken versuchen, immer mehr und immer höhere Kredite - notfalls auch an unseriöse Kunden - abzusetzen. So bildete sich die vielzitierte „Kreditblase“, die dann irgendwann einmal „platzen“ mußte.

**Nun sind Zinsgutschriften auf dem Sparkonto doch eigentlich etwas Erfreuliches, auf das niemand gerne verzichten möchte?**

Natürlich will niemand gerne auf Sparzinsen verzichten, aber hier trägt der Schein. Wenn wir das gesamte Zinsgeschehen betrachten, wird klar, daß es für die meisten Bürger ein Verlustgeschäft ist. 85 % der Haushalte zahlen insgesamt mehr an Zinsen [versteckt in den Warenpreisen, Anm. d. Red.] als sie durch Zinsen einnehmen. So kommen die oben genannten 400 Mrd. Euro zustande, die in die Kassen der oberen 15 % fließen.

**Neben den Privathaushalten zahlt auch der Staat viele Zinsen, was zwangsläufig zu höheren Steuern führen muß.**



**Die reale (= inflationsbereinigte) Entwicklung wichtiger Wirtschaftskenngrößen:**

Während das Bruttoinlandsprodukt (BIP) eher linear wuchs, wuchsen die Geldvermögen wegen des Zinseszinsseffekts exponentiell. Da die Geldvermögenszuwächse dem BIP entnommen werden müssen, konnten die Nettolöhne immer weniger steigen (bzw. sinken bereits, Anm. d. Red.).

Ja, wir haben einen finanzschwachen, hoch verschuldeten Staat, der schon 2007 jährlich 66 Mrd. Euro [in Österreich 7 Mrd. Euro, Anm. der Red] an Zinsen zahlen mußte - 10 % des Staatshaushalts. Wenn er die Steuern erhöht, sinkt entweder die Investitions- und Innovationskraft der Unternehmen oder die Kaufkraft der Bevölkerung. Deswegen wird wohl eher im Bildungswesen, im Gesundheitswesen, im Umweltschutz und in der Entwicklungshilfe gespart. Die Privatwirtschaft wird sich solcher Aufgaben kaum annehmen, weil sie zu wenig oder keinen Profit abwerfen.

**Trotzdem propagieren die etablierten Parteien Wirtschaftswachstum.**

Man erhofft sich davon mehr Arbeitsplätze und ein höheres Steueraufkommen. Wie aber soll die Wirtschaft im erforderlichen Maße - also so rasant

Quelle: Bundesbank, Berechnungen von Helmut Creutz



wie die Vermögen - wachsen, wenn wir schon heute ein Überangebot an Waren haben? (...) Hier zeigt sich auch ein fundamentaler Grundwiderspruch unseres Wirtschaftssystems: Damit die Wirtschaft wächst, fordern die Unternehmen eine Verringerung der Lohnkosten, was aber die Kaufkraft der Bevölkerung reduziert, so daß die Produkte immer weniger Abnehmer finden. Auch die Aufweicheung des Umweltschutzes wird gefordert, dabei zeigt der Klimawandel ganz klar, daß wir die ökologischen Grenzen des Wachstums schon längst erreicht haben.

### **Was machen denn eigentlich die Kapitaleigner mit ihrem großen Reichtum?**

4 Ich vermute, daß viele dieser Superreichen sich persönlich gar keinen so großen Luxus gönnen, sondern nur von der Sucht besessen sind, ihr Vermögen immer weiter zu steigern. Alle drei Jahre macht die Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIS) eine weltweite Befragung von Zentralbanken, um das Volumen des täglichen Devisenverkehrs zu ermitteln. Die letzte Erhebung im April 2007 brachte folgendes Ergebnis: Das tägliche weltweite Devisentransaktionsvolumen stieg seit der letzten Erhebung im Jahr 2004 um 69 % auf 3.200 Mrd. US-Dollar! Zum Vergleich: Der internationale Handel beläuft sich täglich auf etwa 60 Mrd. US-Dollar, das Weltsozialprodukt auf 210 Mrd. US-Dollar. Der Devisenaustausch ist also 56-mal so hoch wie der gesamte weltweite Außenhandel und 15-mal so hoch wie die gesamte weltweite Wirtschaftsleistung! (...) Was könnten stattdessen die Staaten im Interesse ihrer Bürger leisten, wenn sie einen größeren Anteil an diesen - ständig wachsenden - Reichtümern hätten? Welche Folgen hat diese Entwicklung, wenn sie so weiterläuft? (...)

Nirgends in der Natur wächst ein Organismus unbegrenzt weiter - nur das Krebsgeschwür, aber auch nur so

lange, bis es den Gesamtorganismus zugrunde gerichtet hat. (...)

Ein unbegrenztes exponentielles Wachstum von Geldvermögen, die Kernidee unseres Finanzsystems, ist also unmöglich länger als einige Jahrzehnte störungsfrei aufrechtzuerhalten, dann wird es notwendigerweise zu einer Währungsreform oder einer sonstigen zerstörerischen Katastrophe kommen. Die Katastrophe kann aber vermieden werden, wenn die Menschheit sich zu einem anderen Wirtschaftssystem entschließt.

### **Wie könnte ein anderes Wirtschaftssystem aussehen?**

Als mich ein Freund zum ersten Mal mit der Zinseszinsproblematik konfrontierte, hielt ich seine Gedanken für Spinnerei. Wenn man den Zinsmechanismus einfach abschafft, dann gibt es doch für die Kapitaleigner keinen Anreiz, ihr Geld zu verleihen, dachte ich. Alles würde stoken, weil es an flüssigem Geld fehlt. Geld muß aber fließen, muß möglichst schnell wieder in den Wirtschaftskreislauf eingebracht werden, sei es durch Einkäufe oder durch Spareinlagen. Die Bank kann das eingelegte Geld dann als Kredit weitergeben. Wenn Geld dagegen gehortet wird, ist es dem Kreislauf entzogen und die Wirtschaft lahmt. Die entscheidende Frage ist darum: Gibt es ein Geldkonzept, bei dem der Zinsfuß auf etwa Null gehalten werden kann und trotzdem ein Anreiz besteht, das Geld anzulegen oder auszugeben, anstatt es zu horten? Silvio Gesell hat dazu in den 1920er-Jahren ein Konzept vorgeschlagen, das sich in ähnlicher Form vorher schon bewährt hatte und später mehrfach im kleinen Stil erfolgreich praktiziert wurde - bis es verboten wurde. Sein Konzept wird heute meist als „Fließendes Geld“ bezeichnet.

### **Wie funktioniert dieses Konzept?**

Im heutigen System wird der Kapitaleigner mit Zinszahlungen belohnt, wenn er Geld leihweise zur Verfügung

stellt. Nach Gesell sollte er benachteiligt werden, solange er Geld in seinem Besitz festhält. Das könnte konkret heißen: Von seinem Bargeld- und Girokontobestand wird täglich ein geringer Prozentsatz als „Geldhaltegebühr“ abgezogen. Spar- und Darlehensverträge sind von dieser Abwertung nicht betroffen. Dadurch besteht ein Anreiz, verfügbares Geld möglichst bald auszugeben oder anzulegen, also als Kredit zu verleihen. Diesem Konzept liegt der Gedanke zugrunde, daß Geld kein Privateigentum ist, sondern der Allgemeinheit gehört, vertreten durch den Staat. Geld muß in Umlauf bleiben, vergleichbar einem Betriebsmittel, einer Fertigungsanlage, die möglichst gut ausgelastet sein muß, um sich zu amortisieren. Darum spricht man auch von „umlaufgesichertem Geld“. Etliche Regionalwährungen benutzen übrigens heute dieses Konzept.

### **Ist so eine „Geldhaltegebühr“ in der Praxis überhaupt realisierbar?**

Das tägliche Abbuchen vom Girokonto kann ganz einfach vollautomatisch von der jeweiligen Bank durchgeführt werden. Auf diese Weise werden auch Scheck- und Kreditkarten in den Prozeß einbezogen. Für Bargeld gibt es verschiedene Realisierungsvorschläge, z.B. eine „subfluente“ Zweitwährung, die in gesetzmäßiger Relation zur Hauptwährung täglich an Wert verliert. Die Zweitwährung erübrigt sich, wenn man sich entschließt, auf die Benutzung von Bargeld zu verzichten und stattdessen mit Geldkarten zu bezahlen.

### **Das Geld stärker zirkulieren lassen und damit die Wirtschaft ankurbeln - steht das nicht im Widerspruch zum Klima- und Umweltschutz?**

Ganz im Gegenteil. Wirtschaftswachstum wird im bestehenden System als die Medizin gepriesen, die uns aus Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung herausführen





kann. Dabei erscheinen Umweltschutz und Sozialabgaben als Wachstumsbremsen. - In einem System mit „fließendem Geld“ hingegen wird die Finanzkraft des Staates gestärkt, so daß er für viele Leistungen aufkommen kann, um den Bürgern ein menschenwürdiges Leben in einer intakten Umwelt zu sichern. Denn durch den Wegfall des Zinsanteils sinken die Erzeugerpreise, dadurch

momentanen Zuständen persönlich profitieren. Sie werden sich bis zum bitteren Ende an ihre Besitzstände und ihre falschen Ideen klammern. Die Erneuerung muß „von unten“ ausgehen: von Bürgerbewegungen und nicht etablierten Parteien. Es gilt, eine große Menschen-

**Die Erneuerung wird sicher nicht von denen ausgehen, die heute an den Schalthebeln der Macht sitzen. Sie muss „von unten“ ausgehen.**

entsteht ein Spielraum zur Lenkung des Verbrauchs nach ökologischen und gesundheitlichen Kriterien mittels gezielter Verbrauchsteuern. Und der Staat gewinnt durch diese Steuermehreinnahmen und aus der Geldhaltesteuer die finanziellen Mittel, um sich aus dem Lobbydruck der profitorientierten Wirtschaft zu befreien und seinen ureigensten Aufgaben im Interesse der Bürger nachzukommen. (...)

**Wie läßt sich eine Änderung unseres Wirtschaftssystems durchsetzen?**

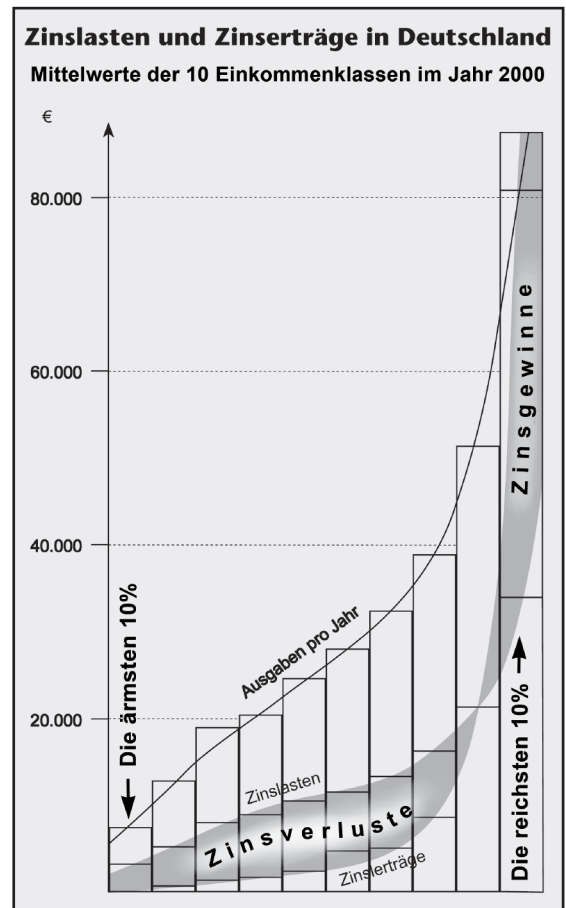
Die großen Parteien haben bei ihrer ureigensten Aufgabe versagt, eine menschenwürdige Ordnung einzuführen. Sie machen sich schuldig, wenn sie weiterhin nur das Heil in hohen Wachstumsraten der profitorientierten Wirtschaft sehen, ein Rezept, das früher oder später zur Katastrophe führt. Unsere Wirtschaftsordnung ist nichts Gottgegebenes, sondern von Menschen gemacht. Und darum kann sie auch von Menschen geändert werden. Die Erneuerung wird sicher nicht von denen ausgehen, die heute an den Schalthebeln der Macht sitzen, zumal wenn sie von den

menge zu gewinnen, die wohlüberlegte konkrete Forderungen erhebt. Darüber hinaus halte ich eine ethische Gesinnung für eine wesentliche Voraussetzung, damit eine gewaltfreie Erneuerung unserer Gesellschaft gelingt. (...)

**Herr Dr. Emde, herzlichen Dank für das Gespräch.**

Dieses Interview erschien in „Ökologie und Politik“ (www.oedp.de) im November 2009 und wurde hier gekürzt wiedergegeben. Wegen der zahlreichen Reaktionen hat der Autor inzwischen eine überarbeitete Fassung als eigene Publikation gleichen Titels herausgegeben, die Fragen von Lesern und Antworten darauf enthält, sowie eine Literaturliste. Dieses Heft ist im Buchhandel erhältlich und kostet 4 Euro.

**Dr. Günter Emde**, geb. 1929, studierte Mathematik, Physik und Philosophie. Er war bis 1988 in Wissenschaft, Lehre und Industrie tätig. Daneben leitete er von 1982 bis 2008 den Verein „Via Mundi“, eine Interessengemeinschaft für transzendenz-offene Wissenschaft und christliche Spiritualität. Zur Publikation dieser Themen



Quelle: Bundesbank, Berechnungen von Helmut Creutz

**Zinslasten und Zinserträge im Vergleich:** Bei 85% der Bevölkerung sind die Zinsen, die sie auf ihre Geldvermögen erhalten, geringer als jene, die sie mit ihren Ausgaben zahlen. Die Ausgaben sind deshalb relevant, weil heute fast alle wirtschaftlichen Aktivitäten über Kredite finanziert werden deren Kosten in die Preise einfließen - mit einem Anteil von durchschnittlich 40%.

gründete er 1982 den Günter Emde Verlag. [www.g-emde.de](http://www.g-emde.de), [günter@g-emde.de](mailto:günter@g-emde.de)

**Mehr zum Thema Freigeld:**

**Internet:** [www.silvio-gesell.de](http://www.silvio-gesell.de), [www.inwo.de](http://www.inwo.de), [www.nwo.de](http://www.nwo.de), [www.humane-wirtschaft.de](http://www.humane-wirtschaft.de), [www.unterguggenberger.org](http://www.unterguggenberger.org)

**Bücher:** Helmut Creutz: Das Geld-Syndrom. Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft. Margit Kennedy: Geld ohne Zinsen und Inflation

**Zeitschriften:** Humane Wirtschaft. Tel.: 0049 9161-87 28 672, [service@humane-wirtschaft.de](mailto:service@humane-wirtschaft.de) r-evolution - Für eine Welt mit Zukunft. INWO Österreich, Tel.: 02723-2876, [office@hifa.at](mailto:office@hifa.at)

**Der Auftrag, der uns heute gesetzt ist, lautet:**

**Uns selbst, unsere Umwelt und die Strukturen dieser Welt zu heilen und zu heiligen... Man mag dies für eine Aufgabe halten, die unsere Kräfte übersteigt. Aber wenn wir im Bewußtsein unserer Unvollkommenheit und Schwäche trotzdem alle unsere Kraft für ihre Erfüllung einsetzen, dann kommt ein Segen dazu, und aus dem Kleinen wird ein Großes.**

Albert Schweizer

# David gegen Goliath

**Der kanadische Bauer Percy Schmeiser war mit seiner Frau Louise am 6. Juni in Alt Lengbach/NÖ und hat vor zahlreichem Publikum berichtet, wie er sie den Gentechnik-Riesen Monsanto in die Knie gezwungen haben. Er warnte die Österreicher, nie und nimmer ihren kostbaren Schatz einer natürlichen Nahrung preiszugeben.**

Stellen Sie sich vor, Sie haben eine Landwirtschaft und züchten auch schon seit vielen Jahren ihre eigenen Samen. In der Umgebung gibt es einige Bauern, die auch seit zwei Jahren genetisch modifizierte Pflanzen anbauen. Eines Tages klopf bei Ihnen eine privater Sicherheitsdienst an die Tür, und sagt, bei vereinzelten Pflanzen auf ihrem Feld seien Merkmale der patentierten Sorte „Super-Schöpfung“ gesichtet worden und nach geltender Rechtsprechung fiel die gesamte Ernte nun in das Eigentum der Firma Nichtsheilig AG. Umsonst versichern Sie, daß Sie diesen Samen nie bewußt angebaut haben, und die Gentechnik-Pflanzen für Sie tatsächlich einen Schaden darstellen, weil diese doch eine Verunreinigung des von Ihnen gezüchteten Saatgutes darstellen. Doch abgesehen von der Beschlagnahme ihrer gesamten Ernte (und damit zukünftigen Saatguts) wird Ihnen auch noch mit beachtlichen Schadenersatzforderungen gedroht, weil Sie keine Lizenzgebühr für die Gensaat bezahlt haben. Ein Albtraum? Genauso ist es Percy und Louise Schmeiser ergangen, als eines Tages im Jahr 1998 Monsanto-Genraps-Pflanzen in ihrem Acker entdeckt wurden.

6

## Sieben Jahre Albtraum

Die Schmeisers weigerten sich zu zahlen, und wurden von Monsanto verklagt. Das war der weltweit erste Gerichtsprozeß über Besitzansprüche an genetisch veränderten Pflanzen. Der Prozeß zog sich über sieben Jahre hin und kam bis vor das kanadische Höchstgericht, wobei es auf Seiten der Schmeisers einen Anwalt gab, auf Seiten des Monsanto 19. Zwei parallele Klagen wegen



Percy Schmeiser

Schadenersatz der besonders hohen Prozeßkosten erhöhten den finanziellen Druck auf die Schmeisers, die ohnehin schon Hypotheken auf ihren Grund und Boden aufgenommen hatten. Dazu kam noch Psychoterror, wie dauernde persönliche Überwachung und Verfolgung von Agenten Monsanto, oder anonyme Drohanrufe.

Das Urteil des Höchstgerichts lautete folgendermaßen: Es wurde bestätigt, daß nach der geltenden Rechtsprechung die gesamte Ernte der Schmeisers in den Besitz Monsanto fiel, weil auf dem Acker Genpflanzen gefunden wurden. Dabei sei die Menge der gefundenen Pflanzen - eine einzige oder tausende - völlig unerheblich für den Besitzanspruch. Ebenso unerheblich sei, WIE die Genpflanzen auf den Acker gekommen seien, ob dies nun durch Pollenflug oder Verschleppung durch Tiere oder durch von vorbeifahrenden LKWs herabgefallene Samen passiert sei. Allerdings stellte das Höchstgericht ebenfalls fest, daß die geltenden Gesetze in dieser Form inakzeptabel seien und formulierte einen Auftrag an Parlament und Regierung, neue Gesetze zu schaffen, wobei zwei Forderungen zu berücksichtigen seien: Erstens müsse das uralte Recht der Bauern auf die Verwendung und den Erhalt ihres

eigenen Saatguts geschützt werden, und zweitens dürfe es prinzipiell keine Patentierung von höheren Lebensformen, wie Pflanzen, geben. Percy und Louise Schmeiser wurden zwar von Forderungen Monsanto freigesprochen, aber dazu verurteilt, ihre eigenen Prozeßkosten (eine halbe Million Dollar) zu zahlen.

## Die zweite Klage: ein Weltkonzern geht in die Knie

Mit diesem Urteil war der Konflikt aber noch nicht zu Ende. Percy und Louise Schmeiser hatten auf Senfanbau und Samenzüchtung umgestellt, als sie im Jahr 2006 wieder Genraps-Pflanzen in ihrem Feld aufgehen sahen. Sie verständigten Monsanto und luden zu einer Überprüfung der Pflanzen ein. Monsanto bestätigte, daß es sich um „seine“ Pflanzen handelte, und fragte, was denn nun geschehen sollte. Die Schmeisers forderten Monsanto auf, die Gen-Pflanzen auf dem 25-Hektar-Feld einzeln auszureißen, und zwar noch vor der Fruchtbildung, um ein Auskreuzen des Raps zu den verwandten Senfpflanzen zu verhindern. Monsanto stimmte zu. Allerdings kam zwei Tage vor dem vereinbarten Termin ein Fax, in dem Bedingungen für die geplante Säuberungsaktion gestellt wurden, und diese Bedingungen hatten es „in sich“. Monsanto forderte, daß die Schmeisers und ihre Kinder sich verpflichteten, niemals wieder, aus welchem Grunde immer, Monsanto zu verklagen. Damit nicht genug, wurde auch verlangt, daß die Schmeisers sich für alle Zeit zu absolutem Schweigen über diese Vereinbarung mit Monsanto verpflichteten. Louise und Percy antworteten, daß



so eine Verpflichtung für sie völlig inakzeptabel wäre, und sie keinesfalls auf ihr demokratisches Recht der freien Rede verzichten würden. Wenn Monsanto die Pflanzen nicht ausreißt, würden sie es eben selbst tun. Monsanto erwiderte, daß diese Rapspflanzen sein Eigentum seien, und es den Schmeisers auf ihren Feldern nicht freistehe, über diese zu verfügen. Die Schmeisers ließen sich nicht einschüchtern, luden ihre Nachbarn ein, und mit deren Hilfe waren die Gen-Pflanzen in ein paar Tagen entfernt. Dann wurde eine Rechnung über den Kostenersatz für die Arbeit an Monsanto geschickt. Monsanto weigerte sich, zu zahlen. Daraufhin dachten Percy und Louise, daß es nun Zeit sei, den Spieß umzudrehen, und brachten beim nächsten Amtsgericht eine Klage gegen Monsanto über 640 Dollar ein. Das Gericht prüfte die Klage, fand diese für zulässig und sich für zuständig, und so wurde der milliardenschwere Weltkonzern Monsanto am 19.3. 2008 wegen 640 Dollar auf ein kleines Amtsgericht einer Provinzstadt in Saskatchewan geladen. Es war ein denkwürdiger Tag: Um neun Uhr, zu Beginn der Verhandlung, erhob sich der Anwalt Monsanto, und sagte dem Richter, daß Monsanto die Forderung der Schmeisers akzeptiere. Er übergab einen Scheck über den geforderten Betrag zuzüglich 20 Dollar Gerichtsgebühr.

Abgesehen von der enormen Genugtuung, die dieser Erfolg für die Schmeisers war, wurde damit zum ersten Mal weltweit ein wichtiger Präzedenzfall geschaffen: **Ein Genkonzern kann haftbar gemacht werden für die Schäden, die er verursacht, und jeder Bauer kann sich in Zukunft auf dieses Urteil berufen.**

### *Ein ökologisches, ökonomisches und soziales Desaster*

In Kanada wurden 1996 vier gentechnisch veränderte Pflanzen für

den Anbau zugelassen: Raps, Soja, Baumwolle und Mais. Entgegen aller Versprechungen sind diese Arten mittlerweile überall im Land ausgekreuzt, sodaß es heute in Kanada wegen der Verunreinigung kein biologischer Anbau dieser Arten mehr möglich ist, und die Genpollen sogar in verwandte Pflanzensorten wandern – bei Raps etwa Blumenkohl, Broccoli, Senf, Radieschen. Die Behauptung der Möglichkeit des Nebeneinanderexistierens von Bio-landbau und GVO hat sich als Lüge erwiesen. Auch die versprochenen höheren Erträge sind ausgeblieben, Percy Schmeiser nennt Statistiken des

*Sie haben eine so tolle Agrarkultur, so eine Vielfalt an wertvollem Essen, verteidigen Sie diesen kostbaren Schatz!*

Landwirtschaftsministeriums, wonach die Ernten bei Soja um 15% und bei Raps um 10% zurückgegangen sind. Auch im Export mußte ein schwerer Marktverlust eingesteckt werden, selbst bei Sekundärprodukten wie Bienenhonig. Gestiegen ist nur der Einsatz von Herbiziden, und nicht nur deren Menge, sondern auch deren Giftigkeit mußte gesteigert werden, um neuer resistenter Super-Unkräuter Herr zu werden. Diese Gifte finden sich natürlich im Grundwasser wieder. All diese Erfahrungen haben in Kanada dazu geführt, daß ein neuer Antrag Monsanto auf die Zulassung von GVO-Weizen und Reis auf eine breite Front öffentlichen Widerstands stieß und schließlich abgelehnt wurde.

Was den Schmeisers passiert ist, ist natürlich auch anderen Bauern passiert, und sie wurden massiv unter Druck gesetzt mit finanziellen Forderungen oder Klagsdrohungen. Viele bäuerliche Existenzen sind so ruiniert worden. Das Schlimmste ist laut Percy Schmeiser aber, daß Monsanto neben seiner privaten Polizei

auch einen Spitzelsystem betreibt, und mit Belohnungsangeboten in Zeitungen dafür wirbt, Bauern zu denunzieren, wenn der Verdacht besteht, daß Genpflanzen auf ihren Feldern wachsen. Dies hat im ländlichen Raum zu einer Kultur der Angst und des gegenseitigen Mißtrauens geführt.

### *Gentechnisch veränderte Nahrung ist gefährlich*

Gentechnik-Essen passiert nicht einfach unseren Verdauungstrakt und verläßt ihn dann wieder, sondern wird nachweislich vom Körper aufgenommen. Die Amerikanische Akademie für Umweltmedizin hat im Jahr 2009, nach der Auswertung zahlreicher internationaler Studien, einen dringenden Aufruf an die US-Regierung gerichtet, daß gentechnisch veränderte Nahrung für Schwangere und Kleinkinder ein Gesundheitsrisiko darstelle und diese Gruppen daher solche Nahrung nicht zu sich nehmen dürften<sup>1</sup>. Österreich importiert pro Jahr ca. 550.000 Tonnen Gen-Soja, welche vor allem für die Fütterung von Geflügel in industrieller Massenhaltung verwendet werden und so auch auf unseren Tellern landen können. Ausgeschlossen ist dies nur bei Tieren aus biologischer Haltung, die nicht mit Genpflanzen gefüttert werden dürfen. Bioprodukte sind generell genfrei, wenigstens zu 99%. Auf Österreichs Äckern ist wegen des hartnäckigen Widerstands der Bevölkerung noch nie Gentechnik angebaut worden – ein großartiger Erfolg, zu dem Percy Schmeiser uns gratuliert: „**Sie haben eine so tolle Agrarkultur, so eine Vielfalt an wertvollem Essen, verteidigen Sie diesen kostbaren Schatz!** Hätten wir in Kanada gewußt, was uns die Gentechnik bringt, wir hätten uns nie darauf eingelassen.“

*Der mitreissende Vortrag von Percy Schmeiser kann als Film im Internet angesehen werden: [www.wien-konkret.at/gesundheit/ernaehrung/gentechnik/](http://www.wien-konkret.at/gesundheit/ernaehrung/gentechnik/)*

<sup>1</sup> [www.aeonline.org/gmopost.html](http://www.aeonline.org/gmopost.html)



## Kurzmeldungen



Gipfelstürmer für "Raus aus Euratom" am Großglockner!  
(Bild: Naturfreunde Vorarlberg)

### Phase 1 des Raus- aus - Euratom Volksbegehrens im Endspurt!

Im vergangenen Februar startete die erste Phase des überparteilichen „Raus-aus-Euratom“- Volksbegehrens, das zum Ziel hat, eine Volksabstimmung über den Austritt Österreichs aus der europäischen Atomgemeinschaft EURATOM zu erreichen. Für die Mitgliedschaft bei EURATOM müssen die Österreicher jährlich ca. 40 Millionen Euro bezahlen, obwohl sie die Atomenergie ablehnen. Laut Angabe der Organisatoren werden die erforderlichen 8.032 Unterstützungserklärungen wahrscheinlich bereits im Juli beisammen sein, sodaß beim Innenministerium die Einleitung des Volksbegehrens beantragt werden kann. Es ist ein sensationeller Erfolg, daß in so kurzer Zeit so zahlreiche Unterstützungserklärungen gesammelt werden konnten. Welch wichtiges Anliegen der Ausstieg aus EURATOM den Österreichern ist, zeigt sich auch daran, daß Ende Juni bereits 149 Gemeinden Resolutionen für einen Ausstieg verabschiedet haben. 85 Organisationen unterstützen die Kampagne. Das Volksbegehren soll auch

mehr Druck auf die zögerliche Atompolitik der Regierung auszuüben: Seit Beginn der Kampagne als Unterschriftenaktion vor zwei Jahren wurden von den Regierungsparteien nicht weniger als elf (!!) Anträge auf einen Euratom-Ausstieg abgeschmettert oder vertagt.

### Slowakei gibt grünes Licht für AKW Mochovce – Wien klagt EU-Kommission

Hundertausende Österreicher haben im Herbst im Rahmen der grenzüberschreitenden UVP (Umweltverträglichkeitsprüfung) Einwendungen gegen den Weiterbau des uralt-Reaktors Mochovce, das nur 160 Kilometer von Wien entfernt ist, unterschrieben. Nun hat die Slowakei einseitig die UVP beendet, und den ohnehin schon begonnen Weiterbau genehmigt, ohne die Sicherheitsfragen geklärt zu haben. Schon früher war eine Beschwerde bei der EU-Kommission eingebracht worden, weil die europäische UVP-Richtlinie in der Slowakei nicht ordnungsgemäß umgesetzt sei. Diese Beschwerde war zurückgewiesen worden, laut Umweltschutzministerin Sima mit „fadenscheinigen Argumenten“. Nun hat das Land Wien die EU-Kommission vor dem europäischen Gerichtshof verklagt.

### Weitere Kostenexplosion beim Fusionsreaktor ITER

Die EU-Staaten suchen nach Lösungen zur Finanzierung des Fusionsreaktors ITER, nachdem die Kosten des Versuchsprojektes zur Energieerzeugung aus Kernfusion explodiert sind. Bei einem

Treffen der Forschungsminister im Mai konnte keine Einigung erzielt werden, wie eine bestehende Finanzierungslücke von 1,4 Milliarden Euro zu schließen sei. (AFP, 26.5.10)

### Schweden: Ausstieg aus dem Atomausstieg

30 Jahre nach der Volksabstimmung zum Ausstieg aus der Atomenergie (1980) hat der schwedische Reichstag mit einer hauchdünnen Mehrheit von 174 zu 172 Stimmen das Bau-Verbot für Atomreaktoren aufgehoben. Neubauten darf es allerdings nur als Ersatz für die Stilllegung der 10 noch in Betrieb befindlichen alten Reaktoren geben.

### Frankreich verbietet Bisphenol-A in Babyfläschchen

Die Chemikalie Bisphenol-A steht unter anderem im Verdacht, unfruchtbar zu machen und die Gehirnentwicklung zu schädigen. Das französische Parlament hat nun reagiert und am 24.6. die Chemikalie in Babyfläschchen verboten. In Dänemark wird die Chemikalie ab 1. Juli in allen Kinderprodukten verboten sein. In Österreich sah der Gesetzgeber bisher keinen Handlungsbedarf, Entschließungsanträge von FPÖ und Grünen wurden abgelehnt.

#### Zur Information

- Weitere Volksbegehren, für die derzeit Unterstützungserklärungen gesammelt werden, sind:
- Volksbegehren für mehr direkte Demokratie  
[www.direkte-demokratie-plattform.at](http://www.direkte-demokratie-plattform.at)
  - Volksbegehren für den Austritt Österreichs aus der EU  
[www.eu-austritts-volksbegehren.at](http://www.eu-austritts-volksbegehren.at)

**VERLAGSPOSTAMT 1200 WIEN**

**P.b.b.** Reg.-Nr. 02Z032727M Ku.-Nr.: 0021013025 Erscheinungsort Wien

**Bei Unzustellbarkeit bitte zurück an:  
1200 Wien, Pasettistr. 89/12**

#### IMPRESSUM

**Medieninhaber und Herausgeber:** Arbeitsgemeinschaft JA zur Umwelt, NEIN zur Atomenergie, Pasettistr. 89/12, 1200 Wien  
Tel. + Fax 01-332 6106 Internet: [www.arge-ja.at](http://www.arge-ja.at), [arge@arge-ja.at](mailto:arge@arge-ja.at)  
**Redaktion:** Christiane Schmutterer, [arge@arge-ja.at](mailto:arge@arge-ja.at)  
**Obmann:** Univ.-Prof. Dr. DI August Raggam  
**Bankverbindung:** Raikabank Wien, BLZ 32000 Kto. Nr.02.820.678  
**Grafische Gestaltung:** Christiane Schmutterer  
**Druck:** W. Leukauf GmbH, 1220 Wien, Obachg. 10  
**Namentlich gekennzeichnete Beiträge** oder solche, die deutlich als aus anderen Publikationen abgedruckt erkennbar sind, **müssen nicht die Meinung der Redaktion darstellen** und liegen nicht in ihrer Verantwortung.